



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vizepräsidentin des Unterausschusses
für Menschenrechte

Außen- und menschenrechtspolitische
Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 05F155
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392
[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136
+49 30 22771507
[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907
[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Im Internet

www.barbara-lochbihler.de
www.facebook.com/barbara.lochbihler
www.twitter.com/blochbihler

RUNDBRIEF Februar 2015

Themen in dieser Ausgabe

CSU-Papier zu EU: Fernab der Realität?
Bahrain: Nabeel Rajab erneut verurteilt
Peitschenschläge gegen die Meinungsfreiheit
Fragwürdiger Kampf gegen Terrorismus
Vom Kindersoldaten zum Rebellenchef
Libyen: Auch die EU steht in der Pflicht
Mexiko: Angehörige weiter auf der Suche
Bremen: Roma in Europa
Wertingen: Schule mit Courage
Auf ein Neues...
Kalender
Press Corner

Redaktion

Büro Lochbihler

Liebe Leserin, lieber Leser,

das neue Jahr hat schlimmer begonnen, als das alte endete: Die Anschläge in Paris waren ein Angriff auf unseren demokratischen Grundwerte. Auch der Terror der IS-Terrormilizen geht trotz einiger Rückschläge weiter und die Krise in der Ukraine spitzt sich weiter zu. Diese sowie viele andere Themen haben auch mich in Brüssel in Atem gehalten. Wie finden wir richtige Antworten auf solche Herausforderungen, ohne selbst menschenrechtswidrige Schritte zu gehen? Einfache Lösungen gibt es nicht, und wir sollten skeptisch gegenüber allen sein, die diese nun vorschlagen. Auf den folgenden Seiten finden Sie, findet ihr eine kleine Zusammenstellung von Themen, die uns in Brüssel und Straßburg beschäftigt haben. Freilich war da noch viel mehr. Um immer aktuell auf dem Laufenden zu sein, lohnt sich ein regelmäßiger Blick auf meine Webseite. Und natürlich freue ich mich über jeden Weiteren, der mir auf Facebook und Twitter folgt.



Ihre Barbara Lochbihler

CSU-Papier zur EU: Fernab der Realität

Gemeinsam mit den grünen Landesvorsitzenden Sigi Hagl und Eike Hallitzky sowie der Sprecherin für Europapolitik im bayerischen Landtag Christine Kamm habe ich in einem Brief an den bayerischen Ministerpräsident Horst Seehofer den 5-Punkte-Plan der CSU-Staatsregierung zur neuen Amtsperiode der EU-Institutionen kritisiert. Besonders die darin vorgeschlagenen Maßnahmen zur inneren Sicherheit, zur Migration und zur Außenpolitik sind ohne Bezug zur tatsächlichen Lage – und nicht selten schockierend kurzfristig. Von Migranten ist da die Rede, wengleich Flüchtlinge gemeint sind. Und umgekehrt. Jedenfalls fordert die CSU in dem Zusammenhang eine stärkere Bekämpfung der Fluchtursachen. Wie das aber kurzfristig in Krisengebieten wie Syrien oder dem Irak geschehen soll, bleibt unbeantwortet. Ohnehin finden die vielen Kriegsgebiete unserer Zeit kaum oder keine Erwähnung: Außenpolitik wird allein als Instrument zur Umsetzung der eigenen, vor allem handelspolitischen Interessen gesehen.

Alles in allem entsteht das Bild einer egozentrischen Politik fernab der globalen Realität, verfangen in Widersprüchen. Wer bislang noch Zweifel hatte, dass Themen wie Asyl oder Außenpolitik bei der CSU schlecht aufgehoben sind, braucht sich bloß den 5-Punkte-Plan durchzulesen.

Meine Pressemitteilung dazu: <http://quene-bayern.de/fernab-der-realitaet-verfangen-in-widerspruechen>.

Unser Brief an Horst Seehofer: http://gruene-bayern.de/wp-content/uploads/2015/01/Brief_Staatskanzlei_Gruene220115.pdf.

Der 5-Punkte-Plan der CSU: http://www.bayern.de/wp-content/uploads/2014/11/Brosch%C3%BCre_ohne-WM-BY-Global.pdf.

Bahrain: Nabeel Rajab erneut verurteilt



Bahrains Störenfried: Nabeel Rajab. Foto: Bahrain Center for Human Rights

Anfang Oktober hatte ich noch die Gelegenheit, mich mit dem bahrainischen Menschenrechtsverteidiger Nabeel Rajab in Brüssel auszutauschen. Es war ermutigend, nach seiner zweijährigen Gefängnisstrafe endlich mit ihm persönlich sprechen zu können. Wenige Tage später saß er wieder hinter Gittern. In einem Brief setzte ich mich gemeinsam mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament für

eine umgehende Freilassung ein. Doch vergebens: Am 20. Januar wurde Rajab erneut verurteilt. Mit sechs Monaten Haft fiel die Strafe zwar geringer aus als erwartet, doch der Schein trügt: Rajab wurden derart viele Auflagen gemacht, dass ein normales Leben auch nach seiner Freilassung ausgeschlossen sein wird. Offensichtlich soll möglichst viel Druck entstehen und ein langjähriger Kritiker der bahrainischen Politik zum Schweigen gebracht werden. Bleibt zu hoffen, dass sein Einspruch Erfolg hat. Bis dahin bleibt Nabeel Rajab auf freiem Fuß.

Das Urteil ist Teil einer stetig wachsenden Repressionswelle gegen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitiker in Bahrain. Diese Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit müssen aufhören. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und somit auch Deutschland sind aufgerufen, einen menschenrechtspolitischen Wandel in Bahrain einzufordern – gegebenenfalls mithilfe gezielter Sanktionen gegen all jene, die unter anderem im Bericht der *Bahrain Independent Commission for Inquiry* als Verursacher von Menschenrechtsverletzungen explizit genannt werden.

Den offenen Brief vom 28. Oktober 2014 findet ihr hier: http://barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2014/2014.10.28_MEP_call_for_the_release_of_Nabeel_Rajab.pdf

Peitschenschläge gegen die Meinungsfreiheit

Die Auspeitschungen sind vorerst ausgesetzt, aber damit noch lange nicht aufgehoben. Weiterhin sitzt der saudi-arabische Blogger Raif Badawi im Gefängnis. Jederzeit können seine Peiniger die brutalen körperlichen Angriffe fortsetzen. Zu 1000 Peitschenschlägen und zehn Jahren Haft hat ein Gericht den 30jährigen verurteilt, weil er auf der Webseite der „Saudi-Arabischen Liberalen“ den

Islam beleidigt haben soll. Ende Januar hatte ich Gelegenheit, mit seiner Frau zu sprechen. Alle zwei Tage telefoniert sie mit ihrem Mann und hofft, dass er an den Qualen nicht seelisch verzweifelt. Die ersten 50 Peitschenhiebe musste er bereits ertragen – und das auf einem öffentlichen Platz.

Mit der österreichischen Grünenabgeordneten Ulrike Lunacek und weiteren Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament habe ich einem Brief an den neuen König von Saudi-Arabien verfasst. Darin fordern wir die umgehende und bedingungslose Freilassung von Raif Badawi, dessen Anwalt sowie allen weiteren politischen Gefangenen. Auch die Europäische Union trägt Verantwortung: Sie muss alle Rüstungsexporte in das Land einstellen, solange niemand sicher stellen kann, dass die ausgeführten Waffen nicht gegen Oppositionelle in dieser Region gerichtet werden.

Mit dem Nachrichtensender Phönix sprach ich am 30. Januar über Badawi sowie die Menschenrechtsslage in Saudi-Arabien: <https://www.youtube.com/watch?v=MSqOyRcE3bg>

Fragwürdiger Kampf gegen den Terrorismus

Keine Frage: Die Pariser Anschläge auf die Satirezeitschrift Charly Hebdo und den jüdischen Supermarkt waren Angriffe auf die Grundfesten unserer Gesellschaft. Nun gilt es aber, unsere Grundwerte nicht durch sinnlose Antiterrormaßnahmen über Bord zu werfen. Nach den Plänen der EU-Kommission sollen künftig Fluggastdaten fünf Jahre lang gespeichert werden. Dabei hat das Europäische Parlament diesem Vorhaben bereits 2013 eine Abfuhr gegeben. Auch der Europäische Gerichtshof hat letztes Jahr klargestellt: Jede anlasslose Speicherung von personenbezogenen Daten ist mit den Grundrechten nicht vereinbar.

Die Anschläge hätten mit den von der EU geplanten Maßnahmen nicht verhindert werden können. Alle Täter waren bereits auf Datenbanken registriert und konnten ihre grausamen Taten dennoch verüben. Warum also nicht gezielt gegen Verdächtige vorgehen, anstatt widerrechtlich massenhaft Daten zu sammeln. Auch andere Pläne der EU müssen wir genau im Auge behalten. Derzeit planen die Außenminister eine engere Zusammenarbeit mit arabischen Staaten. Für mich ist das ein Spiel mit dem Feuer, das sich schnell gegen die Falschen richten kann. Eine Sicherheitskooperation mit Staaten wie etwa Saudi-Arabien oder Bahrain, wo Kritiker brutal verfolgt werden, wird uns nicht vor Terroristen schützen. Sie wird aber diesen Regimes neue Instrumente in die Hand geben, um gegen Oppositionelle vorzugehen.

Das geringe Interesse an Menschenrechtsfragen bestätigte leider auch Nabil Elaraby, der Generalsekretär der Arabischen Liga, als er im Europäischen Parlament zu Gast war. Er erinnerte an den Arabischen Frühling und die damit einhergehenden Erwartungen von sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten. Auf konkrete Fragen reagierte er jedoch ausweichend. Weder zum Ausbau der Menschenrechtsmechanismen innerhalb der Liga noch zu konkreten Fällen wie dem des Bahrainers Nabeel Rajab oder des Saudi-Arabisers Raif Badawi konnte er Konkretes beitragen.

Vom Kindersoldaten zum Rebellenchef

Fast zehn Jahre war er flüchtig, nun muss er sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten. Am 26. Januar verlasen die Haager Richter die Anklageschrift gegen den Kommandeur der ugandischen Rebellenorganisation Lords Resistance Army (LRA), Dominic Ongwen. Der 40jährige gilt als einer der Stellvertreter des weiterhin gesuchten LRA-Kommandanten Joseph Kony. Das Gericht wirft Ongwen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Konkret heißt das: Mord, Verstümmelung, Sklaverei, Plünderung.

Der Fall wirft ein Licht auf die in Afrika weit verbreitete Problematik der Kindersoldaten. Mit zehn Jahren wurde Ongwen selbst auf dem Schulweg von der LRA entführt und zum Kindersoldaten ausgebildet. Dass er es in der Rebellenarmee bis ganz nach oben schaffte und die Kinderrekrutierung selbst weiterführte, zeigt auf erschreckende Weise, wie tief verwurzelt dieses menschenrechtsverachtende System aus Angst und Gewalt ist. Insgesamt soll die LRA für die Verschleppung von zehntausenden Kindern verantwortlich sein.

Libyen: Auch die EU steht in der Pflicht

Im Straßburger Plenum des Europäischen Parlaments beschäftigten wir uns im Januar auch mit der Lage in Libyen. Seit über einem halben Jahr eskaliert dort die Gewalt zwischen den verfeindeten Lagern. Das Land steht vor einer Zerreißprobe zwischen den Machtzentren im Westen und Osten. Milizionäre haben hunderte Zivilisten durch wahllose Bombardierungen oder gezielte Anschläge getötet. Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Aktivisten werden bedroht, entführt und ermordet. Tausende Libyerinnen und Libyer sind auf der Flucht.

Wie aber kann eine Lösung dieses Konflikts aussehen? Eines ist klar: Auch die EU kann sich nicht aus der Affäre ziehen. Schließlich ist die heutige Situation auch eine Konsequenz des Nato-Einsatzes von 2011. Zahlreiche Mitgliedsstaaten waren daran beteiligt. Europa muss alle diplomatischen Mittel nutzen, um die Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen. Um Druck auszuüben, könnten Teile der libyschen Öleinnahmen eingefroren werden, bis sich die Konfliktparteien geeinigt haben. Zwar gab es mit UN-Hilfe erste Gespräche in Genf, daran nahm aber die Regierung aus Tripolis nicht teil. Ob die kommende Runde wie vorgesehen in Libyen stattfindet, ist unklar. Außer Frage aber steht: Beide bewaffnete Gruppen müssen ihre Angriffe auf Zivilisten unverzüglich einstellen.

Es ist offensichtlich, dass die libysche Justiz in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein wird, die Menschenrechtsverletzungen im Land strafrechtlich zu verfolgen. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft gewährleisten, dass die Verantwortlichen gegebenenfalls vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden.

Mexiko: Angehörige weiter auf der Suche



Bernabé Abraham Gaspar und Hilda Legideño Vargas berichten über ihre verschwundenen Söhne. Foto: Büro Lochbihler

Im Menschenrechtsausschuss beschäftigten wir uns in der ersten Februarwoche mit den 43 im mexikanischen Bundesstaat Guerrero verschwundenen Studenten. Auch im persönlichen Gespräch mit der Delegation erfuhr ich einiges über die katastrophale Lage im Land. Ein Vater und eine Mutter, deren Söhne an jenem 26. September 2014 von Kriminellen und lokalen Polizisten verschleppt wurden, berichteten uns über die ihrer Meinung nach schlechte Arbeit der Strafverfolger.

Mexikos Generalstaatsanwalt Jesús Murillo Karam hatte jüngst erklärt, der Fall sei abgeschlossen. Doch die Angehörigen wissen bis heute nicht, was mit ihren Kindern, Ehemännern oder Brüdern genau passiert ist. Leben sie noch? Fast alle vermeintlichen Beweise basieren auf den Aussagen verhafteter mutmaßlicher Täter, die offensichtlich gefoltert wurden. Bis heute ist unklar, welche Rolle die Bundespolizei und vor allem das Militär in jener Nacht gespielt haben. Ich habe deshalb auf der Sitzung des Ausschusses gefordert, dass auch gegen die Streitkräfte ermittelt wird.

Mein Kommentar im „Neuen Deutschland“ vom 5. Februar: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/960842.keine-pistole-kein-gewehr-nach-mexiko.html>

Bremen: Roma in Europa

Wie ist die Roma-Strategie der EU einzuschätzen? Wie sieht die Situation für Roma in den Staaten des Westbalkans aus? Über diese und viele weitere Fragen diskutierte ich am 22. Januar in Bremen. Eingeladen hatte meine grüne Parlamentskollegin Helga Trüpel. Mit auf dem Podium saßen Gisela Langhoff von Amnesty International, die Moderatorin Libuse Cerna vom Bremer Rat für Integration sowie der Roma Nermin Sali, Sprecher des Bremer Netzwerks der Pädagoginnen und Pädagogen. Das Gespräch entwickelte sich sehr interessant, da wir lokale sowie europäische Anstrengungen zur Bildungsförderung und Integration der Roma gemeinsam diskutierten.

Die engagierte und informierte Moderatorin hakte in den richtigen Momenten nach und forderte eine kritische Reflexion ein. Auch Gisela Langhoff beeindruckte durch ihr fundiertes Wissen. Sie sprach über die jahrhundertelange Ausgrenzung und Verfolgung von Roma in Rumänien. Angesichts der anhaltend schwierigen Bedingungen in dem Land fordert sie, dass die EU-Anti-

Diskriminierungsrichtlinie endlich ernsthaft umgesetzt wird. Sprich: Man müsse über ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien nachdenken. Ein durchaus überlegenswerter Vorschlag.

Wertingen: Schule mit Courage

Die Schülerinnen und Schüler der Montessori-Schule Wertingen können stolz sein. Ihre Schule erhielt den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Ein entsprechendes Schild am Schulhaus soll signalisieren: Hier wird keine Ausgrenzung und Intoleranz geduldet. Den Titel erhält man, wenn sich mindestens 70 Prozent aller in der Einrichtung Tätigen mit ihrer Unterschrift verpflichten, sich gegen jede Form von Diskriminierung aktiv einzusetzen und gegebenenfalls einzugreifen. Ich habe die Patenschaft übernommen. Beim Besuch in Wertingen Ende Januar diskutierten wir vor allem über die EU- Flüchtlingspolitik. Wir sprachen aber auch über Datenvorratsspeicherung, Terrorabwehr und die Frage, warum deutsche junge Männer als Dschihadisten in den Krieg ziehen. Es war ein spannender Besuch, bei dem ich viel gelernt habe.

Auf ein Neues...



Feiern mit Freunden aus Kempten in Kaufbeuren. Foto: Christian Vavra

Über 50 Gäste kamen am Samstag, den 17. Januar, zum Neujahrsempfang in unser Kaufbeurer Büro. Geladen hatte ich gemeinsam mit unserem Kreisverband Ostallgäu-Kaufbeuren. Sowohl die Kaufbeurer Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat Ulrike Seifert und die KV-Sprecherin Clara Kneste als auch ich hielten eine kleine Ansprache. Während ich die Rolle der Grünen in Bayern hervorhob, sprach Ulrike Seifert

von einem „bewegten Jahre“. Ein besonderes Highlight des Abends: Die heiteren „Allgäuer Spitzen – Streifzüge durch eine Heimat“ von Dr. Ernst Mader. Wie jedes Mal habe ich mich sehr gefreut, das neue Jahr mit meinen grünen Freundinnen und Freunden in Kaufbeuren begrüßen zu dürfen.

Kalender:

7. März 2015: Frauenfrühstück Marktoberdorf, Humanitäre Krise in Syrien und Irak: Frauen im Brennpunkt, Pfarrheim St. Martin, Marktoberdorf, Beginn 8.30 h

7. März 2015: Kommunalen Fachtag: Eine Welt – Unsere Verantwortung. Hochschule Kempten, Bahnhofstraße 61, Kempten, 10.30 bis 16.30 h

18. März 2015: Miteinander reden in Immanuel, Podiumsdiskussion zum Thema Migration, mit Dr. Manfred Schmidt, Direktor des Bundesamts für Migration und Flucht, München, Allensteiner Straße 7, Beginn 20 h

Press Corner

„Druck an den Außengrenzen wegnehmen“, Interview mit dem DLF, 3. Januar 2015:

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingspolitik-druck-an-den-grenzen-wegnehmen.694.de.html?dram:article_id=307693

„Willkommen“ nach Art der EU, mein Kommentar in der Frankfurter Rundschau vom 5. Januar

2015: <http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/gastbeitrag-zu-fluechtlingen--willkommen--nach-art-der-eu,24931854,29475940.html>

„Es fehlt am politischen Willen“, Interview mit Radio Bremen vom 5. Januar 2015,

<http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/der-gute-morgen/audio140824-popup.html>

Interview mit dem Nachrichtensender Phönix zu den Repressionen gegen den saudi-arabischen Blogger Raif Badawi: <https://www.youtube.com/watch?v=MSqOyRcE3bg>

Im Schattenreich der Saudis, Augsburg Allgemeine vom 22. Januar 2015: http://barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2015/augsburger-saudis.jpg

Titel ist Verpflichtung und Mahnung zugleich, Augsburg Allgemeine vom 25. Januar 2015:

<http://www.augsburger-allgemeine.de/wertingen/Titel-ist-Verpflichtung-und-Mahnung-zugleich-id32765827.html>

Keine Pistole, kein Gewehr nach Mexiko, Kommentar im Neuen Deutschland vom 5. Februar 2015:

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/960842.keine-pistole-kein-gewehr-nach-mexiko.html>